



AN (28) E

## Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der GemeinderätInnen Erich Valentin, Mag. Jürgen Czernohorszky, Mag. Gerhard Spitzer, Ernst Holzmann (SPÖ) sowie Mag. Rüdiger Maresch, Dr<sup>in</sup> Jennifer Kickert, Dipl.-Ing. Martin Margulies (Grüne) sowie Kolleginnen und Kollegen

eingebraucht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 24. Juni 2014 in der Spezialdebatte zur Geschäftsgruppe „Umwelt“

### **betreffend Freihandelsabkommen TTIP – Auswirkungen auf alle Lebensbereiche**

Seit Juli 2013 verhandeln die EU und die USA ein weitreichendes Freihandelsabkommen – das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und der US-Regierung finden im Geheimen statt, die Zivilgesellschaft erhält keine Informationen dazu, nur ein paar Konzerne genießen einen privilegierten Zugang zu den Verhandlungen. Doch die Themen gehen uns alle an - sie greifen in sämtliche Lebensbereiche der österreichischen BürgerInnen ein, insgesamt wären über 500 Millionen EU-BürgerInnen betroffen.

Das geplante Abkommen wird nicht nur von Umweltschutz-/Verbraucherschutz- und anderen unabhängigen Organisationen scharf kritisiert, sondern auch von großen Teilen der Medien und der Politik. So erklärt etwa der Präsident des Europäischen Parlaments, dass die EU und die USA bei Fragen des Grundrechtsschutzes weit auseinander liegen, auch müsse der Erhalt sozialer Standards gewährleistet werden. Er halte die Idee verstärkter Handelskooperation für gut, das Ergebnis der Gespräche in den vergangenen eineinhalb Jahren lasse ihn jedoch zweifeln.

Das TTIP wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne Beteiligung der nationalen Parlamente oder des EU-Parlaments, also ohne demokratische Kontrolle, verhandelt. Am Tisch sitzen sehr wohl Lobby-VertreterInnen der Industrie. Daher besteht der konkrete Verdacht, dass sich die angestrebte „Harmonisierung“ von Standards an den Interessen der Wirtschaftsunternehmen orientieren wird, und dass tendenziell der jeweils niedrigste bzw. wirtschaftsfreundlichste Standard aller Einzelstaaten als Basis für die verbindliche Norm des Vertrags dienen wird.

Die KritikerInnen des geplanten Abkommens befürchten, dass das TTIP, noch stärker als schon bestehende Handelsabkommen, gegen die Interessen von Umwelt und BürgerInnen gerichtet sein wird. So gibt es jetzt schon Abkommen, auf deren Grundlage Konzerne etwa gegen ein Moratorium vorgehen, dass die Gasförderung mittels fracking aussetzt, oder auf Entschädigung wegen des Atomausstiegs in Deutschland pochen.

Im Zuge des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens wollen Konzerne auch Kennzeichnungspflichten für gentechnisch veränderte Lebensmittel und das Verbot, von unter Einsatz von Hormonen erzeugtem Fleisch, kippen. Gerade diese Themen sind für uns in Österreich und Wien besonders sensibel.

Auch ist durchgesickert, dass - sobald der Vertrag in Kraft getreten ist - jede einzelne Bestimmung nur mit Zustimmung sämtlicher Unterzeichnerstaaten geändert werden kann. Das ist absolut unvereinbar mit demokratischen Prinzipien und kann als Unterwerfung der Teilnehmerstaaten unter Konzerninteressen bezeichnet werden.

Außer den Vorteilen für multinationale Konzerne sind keine wirtschaftlichen Vorteile des TTIP für die BürgerInnen der EU und USA erkennbar. Dagegen sind Umwelt- und Sozialstandards in Gefahr:

- Gefährdung der Lebensmittelsicherheit durch Import von z.B. Genmais.
- Gefährdung der österreichischen Landwirtschaft da die heimischen BäuerInnen nicht mit der industrialisierten US-Amerikanischen Landwirtschaft mithalten können.
- Gefahr für unsere strengen Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze da Konzerne diese durch Klagen verhindern können.
- Gefahr für europäische demokratische Grundsätze, da Konzerne mehr Macht als demokratisch gewählte PolitikerInnen bekommen und keine Transparenz gegeben ist.
- Druck auf staatliche Subventionen und auf öffentliche Leistungen der Daseinsvorsorge steigt.

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für Wien folgenden

### **Beschluss- (Resolutions-) Antrag:**

Der Wiener Gemeinderat fordert die österreichische Bundesregierung bezüglich der TTIP-Verhandlungen auf, die Verhandlungsziele offen zu legen, die Bevölkerung über den bisherigen Verhandlungsverlauf zu informieren und für weitere Verhandlungsschritte sicher zu stellen, dass diese transparent im Sinne einer breiten Einbindung der Bevölkerung geführt werden. Für den Fall, dass dies nicht gewährleistet werden kann, sind die Verhandlungen umgehend abzubrechen und der Europäischen Union diesbezüglich seitens Österreichs das Verhandlungsmandat zu entziehen.

Gleichzeitig ersucht der Wiener Gemeinderat, auch alle österreichischen Abgeordneten und EU-ParlamentarierInnen sich in Bezug auf die Verhandlungen des TTIP für die Achtung unserer ArbeitnehmerInnenrechte, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards einzusetzen und falls diese nicht gewährleistet sind, dagegen zu stimmen.

Der Wiener Gemeinderat bringt in diesem Zusammenhang seinen Beschluss vom 24. März 2014 in Erinnerung und seine Forderung nach einer Gleichrangigkeit von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 24. Juni 2014

